



KONTAKT

Teresa Schäd

Bereichsleiterin Kommunikation und Politik

+49 (0) 30 72 62 07 - 111

EWI-Gutachten: Bereits geringer Stromkosten-Anstieg belastet NE-Metallunternehmen stark

Das Energiewirtschaftliche Institut an der Universität zu Köln (EWI) kommt in einer Sensitivitätsanalyse zu folgendem Ergebnis: Steigt der Strompreis auch nur um einen Cent je Kilowattstunde, hat dies bereits erhebliche, teils existenzbedrohende Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit unserer Unternehmen. Die Diskussion über eine Reduzierung der Kohleverstromung muss daher drohende Strompreiseffekte berücksichtigen. Wenn der Strompreis ansteigt, braucht die stromintensive Industrie eine Kompensation.

Berlin (13.05.2019) – Um die Sensibilität von Unternehmen der Nichteisen(NE)-Metallindustrie gegenüber Strompreiseffekten aufzuzeigen, hat das EWI Köln im Auftrag der Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVMetalle) reale Daten von vier repräsentativen Fällen aus der NE-Metallindustrie untersucht. Aus der Analyse wird deutlich, wie sich bereits eine geringe Steigerung der Stromkostenbelastung auf die Wirtschaftlichkeit der Unternehmen auswirkt.

„Steigt der Strompreis auch nur um einen Cent je Kilowattstunde (1 Ct/kWh), dann hat dies bereits erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit unserer Unternehmen. Teilweise können diese Kosten sogar zur Existenzbedrohung werden“, so Hauptgeschäftsführerin Franziska Erdle. Eine solche Erhöhung würde die Bruttowertschöpfung (BWS) der NE-Metallbetriebe zum Teil aufzehren. Ein Beispiel: Ein Cent mehr pro kWh senkt die BWS der Aluminiumelektrolyse um 15 Mio. Euro – das sind 24 Prozent. Die gleiche Strompreiserhöhung reduziert die BWS eines großen Aluminiumwalzwerks um 6 Mio. Euro (3,53 Prozent der BWS), die BWS eines großen Kupferwalzwerks um 4 Mio. Euro (2,05 Prozent der BWS).

Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen um eine Reduzierung der Kohleverstromung betont Erdle: „Das Gutachten zeigt auch die drohenden Konsequenzen eines Fuel-Switches von Kohle- auf Gaskraftwerke. Wenn es der politische Wille der Bundesregierung ist, an einem Ausstieg aus der Kohleverstromung festzuhalten, bedarf es einer Kompensation der daraus resultierenden Mehrkosten für die energieintensiven Industrieunternehmen.“ Dies hat auch die Kommission „Wachstum, Beschäftigung, Strukturwandel“ in ihrem Ergebnispapier so festgehalten.

Zudem erläutert das Gutachten, dass die bestehenden Entlastungsregelungen eine erhebliche, für die NE-Metallindustrie existenzielle Bedeutung haben. Ihr Wegfall hätte weitreichende Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit stromintensiver Betriebe. Eine Vollbelastung durch Umlagen würde zu einer deutlichen, bei der Grundstoffherzeugung zu einer erdrosselnden Belastungssteigerung der Unternehmen führen.

So würde etwa die BWS der Aluminiumelektrolyse vollkommen aufgezehrt und ins Negative umgekehrt. Der Betrieb wäre damit nicht mehr wirtschaftlich. Die BWS eines großen Aluminiumwalzwerkes würde ohne Entlastung um ca. 71 Mio. Euro (39 Prozent) für ein großes Kupferwalzwerk um ca. 35 Mio. Euro (18 Prozent) sinken.

Die Erzeugung von Nichteisen-Metallen (NE-Metallen) wie Aluminium, Kupfer und Zink erfolgt in energieintensiven Produktionsprozessen. Der Strompreis hat daher einen signifikanten Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit von Unternehmen der NE-Metallindustrie.

Die Sensitivitätsanalyse finden Sie [hier](#).